



SITZUNGSVORLAGE

Nr. 1 7 - V - 0 1 - 4 0 1 6
(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff: Dezernat(e) I

Stadtvertrag / Zuschussvertrag zwischen der Landeshauptstadt Wiesbaden und der Jüdischen Gemeinde Wiesbaden - Zusammenfassung der Zuschüsse

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input type="radio"/>	Tagesordnung B <input checked="" type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent

G e r i c h
Oberbürgermeister

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
- Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
- siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz
Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: - 671.932,06 €
 in %: -1,0

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist): abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamt-kosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperre, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
	X	2018 ff	Zuschuss Jüdische Gemeinde	307.280	65.280		300881	785810	91 Magistrat und sonst. Gremien
	X	2018 ff	Deckung			65.280	100523	785810	41 Förderung der Kultur
Summe einmalige Kosten:									

Summe Folgekosten:									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

Zusammenführung der beiden Zuschüsse von I und VI bei Dezernat I; idealerweise erfolgt die Umbuchung im Rahmen der Haushaltsplanberatung

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.)

Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Die Zuschüsse der Landeshauptstadt Wiesbaden (Dezernat I und Dezernat VI) werden in einem neuen Zuschussvertrag zusammengefasst und der Stadtvertrag um die Unterstützung der Angebote im Bereich der kulturellen Arbeit erweitert.

Anlagen:

Entwurf Stadtvertrag ab 2018

Entwurf Zuschussvertrag für die Zeit vom 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2022

C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden die religiösen und kulturellen Bedürfnisse sowie die Verwaltung und den Bereich Sicherheit der Jüdischen Gemeinde Wiesbaden mit derzeit 242.000 Euro jährlich aus dem Budget des Dezernats I und 65.280 Euro aus dem Budget des Dezernats VI / Kulturamt unterstützt.
2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Voraussetzungen für die Gewährung der städtischen Zuschüsse weiterhin bestehen.
3. Dezernat I wird beauftragt, mit der Jüdischen Gemeinde Wiesbaden einen neuen Stadtvertrag (Anlage 1 zur Sitzungsvorlage) mit Wirkung vom 01. Januar 2018 abzuschließen.
4. Dezernat I wird beauftragt, mit der Jüdischen Gemeinde einen Zuschussvertrag (Anlage 2 zur Sitzungsvorlage) mit einer Laufzeit vom 01. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2022 abzuschließen.
5. Die Zuschüsse werden zukünftig zentral bei Dezernat I / Büro des Magistrats verwaltet. Der bisher von Dezernat VI / Kulturamt ausgezahlte Zuschuss in Höhe von 65.280 Euro wird dem Budget des Dezernats I zur Verfügung gestellt.
6. Dezernat VI / Kämmerei wird mit der haushaltstechnischen Umsetzung beauftragt.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

Seit dem Abschluss des letzten Stadtvertrages im Jahr 2013 wurde die Jüdische Gemeinde Wiesbaden durch die Landeshauptstadt Wiesbaden, Dezernat I, mit einem jährlichen Zuschuss in Höhe von 242.000 € unterstützt. Mit dem Zuschuss wurde aufgrund des historisch bedingten besonderen Verhältnisses zu den jüdischen Bürgerinnen und Bürgern in der Landeshauptstadt Wiesbaden die Aufwendungen der Jüdischen Gemeinde zur Erhaltung und Pflege des gemeinsamen jüdischen Kulturerbes unterstützt. Der Zuschuss diente außerdem zur finanziellen Absicherung der satzungsmäßigen Ausgaben für die religiösen und kulturellen Bedürfnisse.

Der Zuschuss wurde durch Dezernat I / Büro des Magistrats in vier Raten zu je 60.500 Euro ausgezahlt.

Weiterhin wurde durch Dezernat VI / Kulturamt der Landeshauptstadt Wiesbaden der Jüdischen Gemeinde Wiesbaden ein jährlicher Zuschuss in Höhe von 65.280 € für die Förderung der kulturellen Arbeit gewährt.


Zur Planungssicherheit der Jüdischen Gemeinde ist beabsichtigt, beide Zuschüsse in einem Zuschussvertrag zusammenzufassen, im Stadtvertrag zu verankern und zentral bei Dezernat I / Büro des Magistrats abzuwickeln.

Die Sitzungsvorlage ist mit dem Rechtsamt abgestimmt.

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 21. November 2017

 3316 bo

G e r i c h
Oberbürgermeister